

## Neue Grundsicherung: Merz plant harte Sanktionen für Arbeitsuchende!

Olaf Scholz und Friedrich Merz planen eine neue Grundsicherung mit harten Sanktionen für Arbeitsuchende. Experten äußern Bedenken.



**Deutschland** - Die Debatte um die Neugestaltung der Grundsicherung in Deutschland gewinnt an Fahrt. Olaf Scholz (SPD) und Friedrich Merz (CDU) zeichnen sich als Hauptakteure aus. Scholz bezieht klar Stellung und bezeichnet sich als stärksten Befürworter harter Sanktionen im Rahmen der Grundsicherung und des Bürgergeldes. Merz hingegen plant, das Bürgergeld in eine neue Grundsicherung umzuwandeln, die mit deutlich härteren Sanktionen einhergeht. Dieses Vorhaben wurde in den Sondierungsgesprächen von Union und SPD im Hinblick auf eine Neuausrichtung der Sozialpolitik festgelegt, wobei die Verabschiedung vom Bürgergeld und die Einführung einer neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende im Vordergrund stehen. Daher ist eine umfassende Reform in der

Sozialpolitik bereits in der Umsetzung.

Ein zentraler Punkt dieser Reform ist der Bewerbungszwang für Empfänger der neuen Grundsicherung. Diese müssen sich aktiv um eine Beschäftigung bemühen und erhalten dabei Unterstützung bei der Vermittlung. Ein schnelles und unbürokratisches Durchsetzen der Sanktionen steht hierbei an oberster Stelle. Merz plant, „Totalverweigerer“ hart zu sanktionieren, was im Extremfall auch den vollständigen Entzug der neuen Grundsicherung zur Folge haben kann, wenn zumutbare Arbeitsangebote abgelehnt werden.

## **Geplante Sanktionen und Bedenken**

In der kritischen Diskussion um die neuen Regelungen äußern verschiedene Experten ihre Bedenken. Michaela Engelmeier vom SoVD warnt vor den Gefahren einer Verschärfung, die das Gleichgewicht zwischen Fördern und Fordern gefährden könnte. Anja Piel vom DGB zeigt auf, dass Arbeitssuchende durch die neuen Regelungen unter Druck geraten könnten. Das Bundesverfassungsgericht könnte den geplanten Sanktionen ebenfalls entgegenstehen, insbesondere in Bezug auf den vollständigen Leistungsentzug, da laut eines Urteils Kürzungen von mehr als 30 Prozent nur in Ausnahmefällen erlaubt sind. In der Diskussion wird zudem angemerkt, dass die Umsetzung der Maßnahmen verfassungsrechtliche Fragen aufwirft, die vom Sozialverband VdK Deutschland hervorgehoben wurden.

Die bisherigen Sanktionen bei der Grundsicherung, bekannt als „Hartz IV“ und jüngst reformiert mit dem Bürgergeld, basierten auf bestehenden Regelungen der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Sanktionen wurden sowohl bei Meldeversäumnissen als auch bei Pflichtverletzungen verhängt, was in der jüngeren Vergangenheit zu einer Wettbewerbsverzerrung und verschiedenen finanziellen Schwierigkeiten für Betroffene geführt hat. Studien belegen, dass Sanktionen zwar die Beschäftigungsaufnahme fördern können, aber ebenfalls negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsqualität und die

psychische Gesundheit der Betroffenen mit sich bringen.

## Die neue Grundsicherung und zukünftige Herausforderungen

Der Regelsatz für alleinstehende Erwachsene beträgt seit 2024 563 Euro pro Monat, wobei Empfänger zusätzliche Leistungen für Wohn- und Heizkosten erhalten können. Jedoch wird kritisiert, dass das Bürgergeld nicht ausreichend Anreize zur Arbeitsaufnahme bietet, weshalb das neue System eine stärkere Fokussierung auf die Arbeitsvermittlung und schnellere Zugänge zu zumutbaren Beschäftigungen anstreben soll. Längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen werden nachrangig behandelt.

Die Diskussion um die Neuausrichtung der Grundsicherung wird weiterhin von der Komplexität der Materie geprägt sein. Es bleibt abzuwarten, wie die politischen Akteure die Balance zwischen der Durchsetzung von Mitwirkungspflichten und der Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens gestalten werden, während die öffentlichen Debatten über die Sinnhaftigkeit und die Auswirkungen von Sanktionen weitergeführt werden. Der Weg zu einer sozial gerechteren und gleichzeitig anforderungen starfen Grundsicherung wird auch in Zukunft von zahlreichen Herausforderungen begleitet sein.

Für weiterführende Informationen über die Hintergründe der geplanten Reformen und deren Auswirkungen auf die Betroffenen empfiehlt es sich, die Zustimmung und die Kritiken durch Experten zu verfolgen, wie sie unter anderem in den Berichten von **Südkurier**, **t-online** und **bpb** festgehalten sind.

| Details |                                                                                                                                                                           |
|---------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Vorfall | Gesetzgebung                                                                                                                                                              |
| Ort     | Deutschland                                                                                                                                                               |
| Quellen | <ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.suedkurier.de">www.suedkurier.de</a></li><li>• <a href="http://www.t-online.de">www.t-online.de</a></li></ul> |

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.net](http://n-ag.net)**